

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 28. Jänner 2020

Am 28. Jänner fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Vorstellung der Prioritäten des kroatischen Vorsitzes sowie die Konferenz über die Zukunft Europas.

Vorstellung der Prioritäten des kroatischen Vorsitzes

Der kroatische Vorsitz präsentierte das Vorsitzprogramm und verwies auf die darin dargestellten vier prioritären Bereiche.

Ich gratulierte zum gelungenen Vorsitzprogramm und begrüßte die Prioritätensetzung. Ich unterstützte ausdrücklich die klare Schwerpunktsetzung auf die Erweiterungspolitik und den Westbalkan. Die EU dürfe ihre Glaubwürdigkeit in der Region, die ohnehin schon gelitten habe, nicht weiter schwächen. Eine Einigung zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien im März sei daher zweckmäßig. Dies wäre auch die beste Voraussetzung, dass der Westbalkan-Gipfel im Mai ein Erfolg werde. Zudem unterstützte ich die Arbeiten zur Stärkung des Außengrenzschutzes, zu einer wirksamen Prävention von illegaler Migration sowie zur Umsetzung einer effektiven Rückkehrpolitik. Ich betonte, dass die verstärkte Kooperation mit Ursprungs- und Transitländern wesentlich sei. Unterstützung sicherte ich auch einer konsequenten und konsistenten Umsetzung der Rückübernahmeabkommen zu. Als weiteren wichtigen Schwerpunkt des kroatischen Vorsitzes hob ich die weitere Vertiefung des Binnenmarktes sowie die Entwicklung einer langfristigen nachhaltigen Industriestrategie hervor.

Konferenz über die Zukunft Europas

Der kroatische Vorsitz betonte die Notwendigkeit, so schnell wie möglich einen Ratsstandpunkt zu verabschieden.

Ich betonte, dass die Konferenz zu einem guten Zeitpunkt stattfindet. Die Neuzusammensetzung der Kommission sowie des Europäischen Parlaments würde ein gutes Momentum für diesen breit angelegten Prozess bieten. Ebenso habe die EU einige Krisen, wie die Finanzkrise und die Migrationskrise, zu bewältigen gehabt und würde vor neuen Herausforderungen, wie etwa der Cyberkriminalität, stehen. Es gelte nun, die EU zukunftsfit zu gestalten; dafür dürfe man sich nicht selbst Beschränkungen auferlegen. Ziel sei es, Europa zu verändern und auch visionäre Gedanken zuzulassen. Zentral sei daher eine breite Beteiligung an diesem Prozess. Ein funktionierendes Spitzenkandidatenmodell könnte etwa dazu beitragen, die europäische Öffentlichkeit zu stärken, das Subsidiaritätsprinzip müsste konsequenter angewandt und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit sollte weiter gestärkt werden. Darüber hinaus betonte ich, dass in dem gemeinsamen Regierungsprogramm auf einen „Neuen Vertrag für Europa“ verwiesen werde, der dazu führen sollte, den neuen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen und diese abzubilden.

Der kroatische Vorsitz informierte abschließend, dass der Ratsstandpunkt im Rahmen des Ausschusses der Ständigen Vertreter finalisiert werde. In Folge muss eine Einigung innerhalb der drei Institutionen erzielt werden.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

06. Februar 2020

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin